

Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft
des Rauhen Hauses Hamburg



Informationsblatt des Arbeitskreises (19. Jahrgang, Nr. 01. Januar 2025)

besuchen Sie uns auch im Internet unter www.dags-konvent.de

Wenn wir einmal nicht grausam sind, dann glauben wir gleich, wir seien gut.

Kurt Tucholsky, dt. Schriftsteller (1890-1935)

Kriegstüchtig?!

Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius hält Russland nicht nur als eine Bedrohung für Georgien und Moldawien, sondern „letztlich auch für die Nato“. Er sagte am 5. Juni 2024 im Bundestag: „Wir müssen bis 2029 kriegstüchtig sein“.... „Wir müssen Abschreckung leisten, um zu verhindern, dass es zum Äußersten kommt.“ Es werde daher auch in Zukunft eine Hauptaufgabe der NATO bleiben, Europa zu verteidigen. Nichts drückt die gegenwärtige Situation besser aus als dieser Appell. Damit scheint mir klar, dass er mit seiner Aufforderung nicht kriegsfähig, angriffsfähig, sondern verteidigungsfähig meint.– Da muss sich Putin ganz schön beeilen, falls er auch uns angreifen will.

Der Überfall Putins auf die Ukraine hat dafür gesorgt, dass wir brutal unserer Naivität beraubt worden sind. Wer hatte sich vorstellen mögen, dass 78 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges auf europäischem Boden – und in unserer unmittelbaren Nachbarschaft – wieder Bomben fallen und Panzer rollen würden? Die Wenigsten von uns haben damit gerechnet, dass es 2022 mitten in Europa dazu kommen könnte, dass Menschen ihre Heimat würden verlassen müssen.

Der Ukraine-Krieg, diese viel zitierte "Zeitenwende", und der Nahost-Konflikt mit all seinen Schrecknissen zwingen uns dazu, unsere Haltung zu "Krieg und Frieden" und auch zur Bundeswehr neu zu überdenken. Die Augen davor zu verschließen, hieße, die Realität zu verdrängen. Insofern ist Pistorius zuzustimmen. Dies bedeutet nicht, alles zu tun, um in Verhandlungen nach Lösungen zu suchen. Gleichwohl müssen wir uns mit dem Gedanken vertraut machen, dass die Gefahr eines Krieges mitten in Europa drohen könnte. Das heißt: Wir müssen "verteidigungsfähig" werden aber auch „friedensfähig“ bleiben. Und wir müssen die Bundeswehr und die Gesellschaft dafür wappnen.

Ich frage mich daraufhin, muss bis 2029 jeder Bundesbürger selbst dafür sorgen, verteidigungsfähig zu sein und etwa zwei Prozent seines Jahreseinkommens für seine persönliche Verteidigung ausgeben? Um einen Bunker zu bauen, reichen unsere finanziellen Möglichkeiten bei Weitem nicht. Für meine Frau und mich würde es gerade mal reichen, zwei gute

Schlachtermesser zu kaufen und ein paar Notfall-Raketen, um einen Hilferuf absetzen zu können. Und als alter Mensch mit Parkinson wäre ich körperlich nicht mal in der Lage, demjenigen, der mir auf die linke Wange schlägt, auch noch die rechte hinzuhalten.

Hätte Boris Pistorius 1962 unter Verteidigungsminister Franz Josef Strauß sowas in der Öffentlichkeit gesagt, wäre er wahrscheinlich wie die Mitarbeiter des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ Conrad Ahlers u.a. wegen Hochverrat eingesperrt worden. Die Mitarbeiter des „Spiegel“ hatten nach einem NATO-Manöver im Oktober 1962 und nach Einschätzung des NATO-Oberkommandos die Abwehrfähigkeit der Bundeswehr aufgrund ihrer mangelhaften Ausstattung in einem Beitrag unter der Überschrift „Bedingt abwehrbereit“ als untauglich infrage gestellt. Das Ermittlungsverfahren gegen den „Spiegel“ wurde eingestellt, Conrad Ahlers und alle anderen Mitarbeiter des „Spiegel“ wurden aus der Haft entlassen und der Verteidigungsminister Franz Josef Strauß musste seinen Hut nehmen.

Doch nun wird unsere Verteidigungsfähigkeit öffentlich diskutiert.

Klaus-Rainer Martin

Soziale Mindestsicherung und Grundsicherung

Die Gesamtdaten zur sozialen Mindestsicherung wurden vom Statistischen Bundesamt zuletzt mit Bezug auf das Jahresende 2019 ermittelt. Demnach bekamen 6,9 Millionen Menschen in Deutschland Leistungen der sozialen Mindestsicherung: Grundsicherung für Arbeitsuchende, Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsunfähigkeit, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz oder der Kriegsopferfürsorge. Das sind 8,3 Prozent der Bevölkerung. Im Vergleich zum Vorjahr waren diese Zahlen um 0,3 Millionen gesunken und auf dem niedrigsten Stand seit 2006. Der Abstand zwischen Höhe der Regelleistungen und Armutsgrenze wächst allerdings seit Jahren an. Insofern ist dieser Rückgang kein Hinweis auf sinkende Armut, sondern auf striktere Bemessungsgrundlagen. Ein neuerlicher Anstieg erfolgt aktuell durch die Folgen der Pandemie und lässt sich etwa aus den Monatsstatistiken zur Grundsicherung ablesen, ist aber noch nicht systematisch durch das Statistische Bundesamt zusammengefasst worden.

Mit knapp 5,3 Millionen Leistungsberechtigten stand die Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Sozialgesetzbuch II. im Zentrum der Existenzsicherung. Grundsicherung im Alter nahmen 1,1 Millionen Menschen in Anspruch. Die Zahl steigt seit Jahren kontinuierlich. 385.000 Personen erhielten Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Die weitere Aufgliederung der Leistungsberechtigten nach dem SGB II in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit zeigt, dass zwei Drittel der Leistungsbeziehenden mindestens zwei Jahre und mehr als 40 Prozent länger als vier Jahre im Leistungsbezug verbleiben. Weitere Entwicklungstendenzen lassen sich, auch wenn noch keine aktuelle Gesamtdarstellung für alle Leistungen der sozialen Mindestsicherung vorliegt, an den Monatsberichten zur Grundsicherung nach dem SGB II ablesen. So ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen im Mai 2021 mit 1,064 Millionen im Vergleich zum Vorjahr um knapp 300.000 Menschen gestiegen. Das heißt: Auch, wenn die Zahl der Leistungsbeziehenden insgesamt sinkt, nimmt der Personenkreis, der dauerhaft von Grundsicherungsleistungen lebt, zu. Armut verfestigt sich.

aus: www.Diakonie Deutschland.de

Diakonische Winternothilfe gestartet

Die Winternothilfe der Diakonie Schleswig-Holstein ist vergangenen Monat gestartet. Laut Diakonie haben in Schleswig-Holstein „mehrere Hundert Menschen kein Dach über dem Kopf“. Die Nothilfe soll ihnen Kälte- und Erfrierungsschutz bieten. Das Land fördert das Programm mit 50.000 Euro, weitere 9.000 Euro steuert die Diakonie Stiftung Schleswig-Holstein bei. Obdachlose würden oft die „schwierigen Lebensbedingungen“ in bestehenden Notunterkünften meiden, in denen es keine Privatsphäre gebe. Die Diakonie betreibt in Schleswig-Holstein insgesamt 35 Tagestreffs, Beratungsstellen und Notunterkünfte für Menschen, die von Wohnungslosigkeit bedroht oder betroffen sind und sich dort aufwärmen können. Außerdem verteilen die Einrichtungen für den Notfall Schlafsäcke, Isomatten, warme Kleidung und festes Schuhwerk. Darüber hinaus betreut die Diakonie in den Wintermonaten wieder zusätzliche Notschlafplätze etwa in Husum, Elmshorn oder Norderstedt. Kirchengemeinden werden aufgerufen, wie in den vergangenen Jahren Räume zum Aufwärmen zu öffnen. Die Gastronomie könne ebenfalls helfen, indem Cafés und Restaurants Menschen ohne Obdach kostenlosen Zugang zu ihren sanitären Einrichtungen gewähren. Auch die Bahnhofsmissionen sind Anlaufpunkte für Menschen in Not.

aus: *Diakonie-Report Dezember 2024*

Viele Jugendliche wissen nichts vom Klimawandel

Klimawandel? 20 % der Jugendlichen in Deutschland haben davon noch nie etwas gehört und wissen nicht, was der bedeutet. So das überraschende Ergebnis einer repräsentativen Umfrage des Internationalen Zentralinstituts für das Jugend- und Bildungsfernsehen, einer Abteilung des Bayerischen Rundfunks.

1468 Kinder und Jugendliche zwischen 6 und 19 Jahren waren befragt worden. Nur 60 % in der Gruppe der 10- bis 19-Jährigen haben fundierte Kenntnisse über den Klimawandel. Laut Studienautoren hängt das Wissen oft vom Engagement der Schulen ab und aus welchem Elternhaus die Kinder stammen.

aus: *HEMPELS Oktober 2024*

1/5 der Rentner armutsgefährdet

In Deutschland leben fast 1/5 der Menschen, die eine Rente beziehen, armutsgefährdet. Die Quote derjenigen aus diesem Personenkreis, die 2023 über weniger als 60 % des mittleren Einkommens verfügten, betrug laut einer Antwort der Bundesregierung auf eine Linken-Anfrage 18,4%. In der Gesamtbevölkerung waren 14,4 % der Menschen durch Armut gefährdet. Laut Sozialverband VdK ist ein Rentnerjob für viele eine absolute Notwendigkeit. Mehr als 33 % der mindestens 40 Jahre in der Rentenkasse Versicherten erhielten 2023 eine Rente unter 1250 Euro. Bei Menschen mit 45 Versicherungsjahren seien es knapp 25 % gewesen.

aus: *HEMPELS vom Dezember 2024*

Richtigstellung

Im Info-Blatt 12/2024 haben wir fälschlicherweise geschrieben: „Die Brüder- und Schwesternschaft des Rauhen Hauses ist seit dem 16. November 2024 ein eingetragener Verein.“ Das ist so nicht richtig. Vielmehr hat die Mitgliederversammlung am 16. November 2024 beschlossen, dass das neugewählte Leitungsteam die Eintragung in das Vereinsregister beantragt. Das ist zwischenzeitlich geschehen. Das Leitungsteam wird berichten, wenn die Eintragung erfolgt ist. Wir wollten dem nicht vorgreifen und bitten um Entschuldigung.

Jahreslosung 2025:

Prüft alles und behaltet das Gute!

1. Thess 5,21

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Beiträge und Anregungen bitte an

**Klaus Herrmann,
E-Mail: kla52mann@gmail.com**

**Unsere nächsten Treffen:
10.02., 10.03.2025
von 16.30 bis 18.30 Uhr
im Rauhen Haus, Haus Weinberg**

Jesus Christus spricht: Liebt eure Feinde; tut denen Gutes, die euch hassen! Segnet die, die euch verfluchen; betet für die, die euch beschimpfen!

(Monatsspruch für Januar 2025 aus Lukas 6,27-28)

Herausgeber: DAGS
Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:
Siegfried Heidler, Hamburg
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:
31. Januar 2025